

Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern auf den Wahlprüfstein des Berufsverband Deutscher Psycholog*innen

Gute Gesunde Schule

Was werden Sie für eine gute Unterstützung des Systems Schule durch Schulpsychologinnen tun?

Die Landesregierung hat den Fokus besonders auf Schulsozialarbeit gelegt. Damit ist schon mal sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler weitergehend Ansprechpartner:innen haben als nur das Lehrpersonal. In Zukunft muss es aber mehr Schulpsycholog:innen geben. Dazu sind Netzwerke und Verbundlösungen denkbar.

Wie werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche in Ihre Maßnahmen oder Vorschläge einbezogen?

Wir setzen auf eine Kindergrundsicherung, damit die Förderung von Kindern und Jugendlichen nicht allein vom Einkommen der Eltern abhängt. Um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu erfahren, braucht es mehr partizipative Ansätze

Zusammenhalt

Welche Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verringerung von Ungleichheiten beispielweise bei Gesundheits- und Bildungschancen oder im Bereich Inklusion planen Sie?

Ein Mindestlohn von 12,00 Euro und eine Kindergrundsicherung wären ein Anfang, um Ungleichheiten zu verringern. Für Inklusion braucht es vor allem mehr Personal in den Schulen und kleinere Klassen. Betriebe müssen mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Handicap schaffen, dafür kann Politik Anreize schaffen.

Transformation

Digitalisierung und Klimawandel erfordern massive Veränderungen, die eine psychische und soziale Anpassungsleistung bei jedem einzelnen notwendig machen. Wo planen Sie in den Wandlungsprozessen größere Beiträge der Psychologie ein?

Wandlungsprozesse brauchen Zeit, die wir leider nicht mehr in Massen haben, weil die große Koalition die dringenden Fragen Klimawandel und Digitalisierung bisher verschlafen hat. Wir bauen, wie in der Pandemie erprobt auf einen Dialog mit der Wissenschaft, um Wandlungsprozesse adäquat zu begleiten.

Schutz für Verbraucher:innen und Psycholog:innen

Inwieweit werden Sie Gesundheitsförderung, Prävention und psychische Belastungen in weiteren Gesetzesvorhaben aufgreifen?

Welchen Stellenwert sehen Sie für die Berufe Psychologin/ Psychologe?

Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Gesellschaft und Arbeitswelt verändern sich. Wir werden Zeuge davon, dass psychische Erkrankungen zunehmen. Dem muss Rechnung getragen werden, indem wir in Zukunft stärker auf

präventive Maßnahmen in der Arbeitswelt setzen und das auch mit Anreizen für die Arbeitgeber:innen verbinden, z.B. mit steuerlichen Entlastungen, wenn Arbeitgeber:innen für Ihre Mitarbeitenden Präventionsmaßnahmen anbieten. Dabei dürfen sich diese Maßnahmen nicht auf physische Vorsorge beschränken. Der Stellenwert des Berufes Psychologe/Psychologin wird dabei eher zunehmen. Eine gesetzliche Verankerung sehen wir deshalb aber nicht, wohl aber den Bedarf für eine gute Ausbildung mit einheitlichen Standards.

Gesund älter werden

Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere in der Pflege und der Gesundheitsversorgung sind hoch. Welche Maßnahmen zum gesunden Arbeiten und gesunden Altern planen Sie?
Prävention, unterstützt von den Arbeitgeber:innen und Krankenkassen. Und eine Diskussion darüber, ob das Renteneinstiegalter für alle Berufsgruppen gleich sein muss.

Psychotherapieausbildung

Welche Änderungen planen Sie, um die weiter bestehenden prekären Situationen in der Psychotherapieausbildung aufzulösen?

Weitere Informationen erhalten Sie dazu beim VPP im BDP.

Dazu sehen unsere Wahlprogramme derzeit nichts vor. Wir sind aber Gesprächsbereit und sehen die Notwendigkeit, dass sich etwas ändern muss.

Versorgung psychischer Erkrankungen

Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen?

Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden? Stichwort: elektronische Gesundheitsakte.

Um eine gute psychotherapeutische Versorgung zu erreichen, braucht es mehr Psychotherapeut:innen vor Ort. Dazu muss mit dem Gesundheitsministerium des Bundes und den Krankenkassen verhandelt werden. Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland hat dabei besondere Herausforderungen. Eventuell kann eine digitale Versorgung hier eine Lösung sein, immer mehr Therapeut:innen bieten digitale Sprechstunden an.

Um sensible Daten zu schützen, braucht es gute Programme, um digitale Sprechstunden anbieten zu können, eine gute Internetversorgung im ganzen Land – das muss von daher der erste Schritt sein.

Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser in den Regionen

Aus berufspolitischer Sicht halten wir es für dringend erforderlich Krankenhäuser flächendeckend abzusichern – Schließungen von Krankenhäusern beziehungsweise Stationen sowie z.B.

Geburtsstationen zu vermeiden.

Mecklenburg ist ein Flächenland und vielen Bevölkerungsgruppen können lange Wege zur Gesundheitsversorgung nicht zugemutet werden, da das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs dies auch verhindert.

So sind Geburten auf der Straße nicht familienfreundlich und für Mutter und das Kind gesundheitsgefährdend.

Welche Position nimmt ihre Partei zur Krankenhausversorgung in MV sowie zu insbesondere Allgemeinmediziner:innen und Kinderärzt:innen ein?

Ihrer Sicht ist nichts mehr hinzuzufügen und wurde von unserer Partei auch bisher immer vertreten. Wir hoffen, das ab September 2021 auch wieder aus dem Landtag heraus mit einer starken Fraktion zu können.

Gerechte Entlohnung von Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen

Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern vielfach in Kliniken und Beratungsstellen.

Sie werden oft nicht am Tarifsystem des öffentlichen Dienstes orientiert bezahlt. Eine Entlohnung, angelehnt an E 13 bis E 15, den hohen wissenschaftlichen Ausbildungsstand der Psycholog:innen und Psychotherapeutinnen beachtend, ist unser Ziel.

Werden Sie den BDP bei diesen Forderungen unterstützen?

Welche Haltung zu diesen Berufen hat ihre Partei?

Der BDP kann bei diesen Forderungen mit unserer Unterstützung rechnen. Dem kann man unsere Wertschätzung für diese Berufe entnehmen.

Die Bedeutung von Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern Im Jahr 2020 und 2021 haben sich durch die „Corona Krise“ besondere Belastungen von Familien, Kindern und Berufstätigen gezeigt.

Wir halten eine stabile Beratungsmöglichkeit in Form von Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Bundesland flächendeckend für erforderlich. Ähnliches gilt u.a. für Schuldnerberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und anderen. Auch Nottelefone für Frauen und Kinder sind ein Muss, auch ausreichende Plätze in Frauenhäusern.

Welche Position nimmt ihre Partei ein?

Wir teilen auch an dieser Stelle die Position des BDP und werden uns bemühen, der nach unsrer Auffassung nicht genügenden Finanzierung solcher Angebote entgegenzuwirken. Das neue Wohlfahrtsfinanzierungs-Transparenz-Gesetz ist an einigen Stellen nicht für die Realität gedacht und wird Strukturen eher zerstören als sie fördern. Dem werden wir uns entgegenstellen.